

Bleiberecht für Flüchtlinge vor Verlängerung

Politiker diverser Parteien einig / Podiumsdiskussion auf Einladung der Wohlfahrtspflege

Hildesheim (cph). Der Außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eckart von Klaeden, hat eine Verlängerung der bis Jahresende befristeten Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge als unumgänglich bezeichnet. „Das ist schnell und unkompliziert zu machen, dazu muss man nur das Datum austauschen“, sagte der CDU-Politiker auf einer Podiumsdiskussion in Hildesheim.

Von Klaeden vertrat die Meinung, dass die bestehende Regelung gar nicht ohne Nachfolgeregelung auslaufen könne. Auch sei das nach dem 27. September 2009 noch gut zu machen. „Ich kenne niemanden in meiner Fraktion, der die Notwendigkeit einer Anschlussregelung zur Gewährung eines Bleiberechtes noch infrage

stellt“, so von Klaeden. Sollte die Zeit bis zum 31. Dezember 2009 für eine verbesserte neue Regelung nicht reichen, müsse die bestehende Bleiberechtsregelung für eine Übergangszeit eben verlängert werden.

Die Wirkung der vorhandenen Regelung bezeichnete von Klaeden als positiv. Jedoch müsse man die Folgen der Wirtschaftskrise mit bedenken. Die Betroffenen dürften nicht überfordert werden, erläuterte er unter Bezug auf einen alten römischen Rechtsgrundsatz: Ein Gesetz könne niemanden zu etwas verpflichten, zu dem er nicht in der Lage sei.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW) in Niedersachsen und der Flüchtlingsrat Niedersachsen hatten zur Diskussion eingeladen. Am

Ende der Veranstaltung lagen von Klaeden, Jutta Rübke (SPD), Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Dr. Bernd Fell (FDP) sowie Michael Huffer (Die Linke) erstaunlich wenig auseinander.

Es bestand nicht nur Konsens, dass die bestehende Regelung verlängert werden müsse. Alle Teilnehmer der Diskussion betonten auch, dass die Betroffenen baldmöglichst Klarheit brauchen. „Wir haben jetzt September. Ich frage mich, warum die neue Regelung irgendwann im Oktober oder November kommen soll und nicht jetzt“, sagte Pothmer. Sie wies außerdem auf die unzureichende Anerkennung vieler Berufsabschlüsse hin, die Einwanderer mitbringen.

„So spannend und konstruktiv kann Wahlkampf sein“, sagte ei-

ne Teilnehmerin anschließend. Das war auch der vorherrschende Eindruck im Publikum: Die Politiker kümmern sich vielleicht doch. Kritik wurde allerdings auch laut – gegen den abwesenden Innenminister. „Man muss nicht jede Bundesregelung so streng wie möglich auslegen“, so die einhellige Meinung.

„Ich glaube, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung groß ist“, sagte Dr. Hans-Jürgen Marcus, Vorsitzender der LAG und Direktor des Diözesancharitasverbandes. Niedersachsen sollte ein Land sein, dem der Ruf vorausseile, ein Bundesland zu sein, in dem man lernen könne, was gute Integration ist. Hinter jedem Einzelfall stecke viel zivilgesellschaftliches Engagement. „Das gehört gefördert, nicht gebremst.“